



ARBEITSGEMEINSCHAFT WEINHEIMER INITIATIVE"

**JAHRESFORUM 2010
3. MÄRZ 2010 NÜRNBERG**

"NÜRNBERGER ERKLÄRUNG"

Kommunales Engagement im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ist unverzichtbar

Am 3. März 2010 kommt die „Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative“ unter dem Motto „Wirksamkeit“ in Nürnberg zu ihrem Jahresforum zusammen. Die „Arbeitsgemeinschaft“ ist ein Zusammenschluss von Städten, Landkreisen, Stiftungen, Expertinnen und Experten zur Förderung einer wirksamen lokalen Gestaltung der Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt. Ziel ist es, dort „Kommunale Koordinierung“ fest, zuverlässig und anerkannt zu etablieren. Die „Arbeitsgemeinschaft“ ist allerdings der Überzeugung, dass sich diese heute und künftig nicht auf den Zeitpunkt des „Übergangs“ beschränken darf, sondern sich auch auf eine förderliche Mitgestaltung des lokalen Bildungs- und Ausbildungsgeschehens erstrecken muss.

Die versammelten Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Landkreisen erklären:

Im Verlauf der letzten Jahre haben immer mehr Städte und Landkreise aktiv und federführend Verantwortung für die Verbesserung der Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt übernommen, um *allen* Jugendlichen eine tragfähige berufliche Perspektive zu eröffnen. Sie verstehen dies als wichtigen Teil der ihnen auferlegten umfassenden Daseinsfürsorge für die Bürgerinnen und Bürger und als ein sozialpolitisches Anliegen. Bildung ist aber zugleich eine zentrale Standortfrage; die Heranwachsenden sind in vieler Hinsicht das Zukunftspotenzial der Städte und Landkreise, das auch angesichts der demografischen Entwicklungen („Fachkräftebedarf“) immer mehr in die Aufmerksamkeit rückt.

Die Städte und Landkreise der „Arbeitsgemeinschaft...“ sehen sich auf einem guten Weg. Aber: Schwierigkeiten bei der Einmündung in die Arbeitswelt sind keine vorübergehende Erscheinung, sondern in unserer sich rasch wandelnden Gesellschaft eine dauerhafte Herausforderung. Ihre Bewältigung im Interesse der Jugendlichen und im Interesse einer gedeihlichen Zukunft unserer Städte und Landkreise und von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt benötigt *Kontinuität*, *Stabilität* und flankierende *Unterstützung*. Dies schließt ausdrücklich bürgerschaftliches Engagement mit ein, damit zentrale Zukunftsfragen in der Mitte der städtischen Gesellschaft Resonanz finden. In besonderer Weise sind die Bundesländer angesprochen, die im föderalen System der Bundesrepublik in erheblichem Umfang Bildungsverantwortung tragen.

Das Kommunale Engagement zur Verbesserung der Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt darf nicht Opfer der Finanzkrise werden. Im Gegenteil braucht sie gerade *jetzt* Rückhalt, denn: Die Auswirkungen der Finanzkrise „vor Ort“ verschärfen vielfach den Problemdruck an den kritischen Übergängen zum Ausbildungs- und Beschäftigungssystem.

Rückhalt, den das kommunale Engagement im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt braucht, wird benötigt:

- bei der kommunalen Politik, die angesichts der Haushaltslage zu Prioritätensetzungen gezwungen ist; eine klare Entscheidung für „Kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Arbeitswelt“ im Sinne einer politischen Pflichtaufgabe ist notwendig;
- bei den Landesregierungen, die ihre föderale Bildungsverantwortung in einer Weise wahrnehmen müssen, dass sich *für alle Jugendlichen* tragfähige und optionsreiche Bildungs- und Berufsperspektiven eröffnen;
- bei den Landesregierungen, die die notwendige neue Bildungspartnerschaft „auf gleicher Augenhöhe“ mit den Städten und Landkreisen auch in der Weise umsetzen sollten, dass über Richtlinien und Ressourceneinsatz, die direkte Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten der Schulen „vor Ort“ haben, gemeinsam beraten wird;
- in den Landtagen und bei den Landesregierungen, die Wege finden müssen, die Kommunen als Partner bei erfolgreichen Wegen aus der Schule in das Erwachsenenleben „auf gleicher Augenhöhe“ anzuerkennen, die Schulen zur Zusammenarbeit mit den Kommunalen Koordinierungsstellen („Lokales Übergangsmanagement“) anzuhalten und diese in besonderer Weise zu fördern;

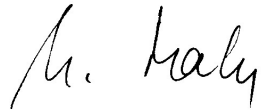
- bei der Bundesagentur für Arbeit, die sich entschließen sollte, die kommunale Koordinierung, wo immer sie existiert, als zentrale lokale Anlaufstelle für die Abstimmung von Maßnahmen anzuerkennen und mit ihr eine enge und bevorzugte Partnerschaft einzugehen;

- bei der Bundesregierung, die die herausragende Rolle der kommunalen Ebene in Erklärungen und Förderprogrammen anerkennt, nun aber ihre verschiedenen unabgestimmten Förderungen gezielt bündeln sollte. Erreicht werden soll damit, dass dies zusätzlich zu den kommunalen Anstrengungen für einen mehrjährigen Zeitraum für die „Kommunale Koordinierung“ Kontinuität und Stabilität sichern helfen, ohne ständig „innovative Ansätze“ nachweisen zu müssen; also: Konsolidierung als Förderziel.

Maßstab ist und bleibt, ob *allen* Jugendlichen eine optionsreiche berufliche Zukunft eröffnet werden kann. Hierin werden sich über kurz oder lang auch die Ressourcen, die im Rahmen Kommunaler Koordinierung verwendet werden, legitimieren müssen. Weil erhöhte *Wirksamkeit* also Sinn und Zweck des kommunalen Engagements in diesem Feld ist, steht das Thema *Wirksamkeit* in diesem Jahr oben auf der Agenda des Jahresforums.

Die versammelten Vertreter von Städten und Gemeinden *verbinden den Appell* zur raschen und effektiven Flankierung der Kommunalen Koordinierung im Übergang Schule – Arbeitswelt, den sie an die Stadträte, Kreistage und Kommunalaufsichten überall im Land, an die Landesregierungen und Landtage, an die Agentur für Arbeit und an die Bundesregierung richten, mit einem ausdrücklichen Bekenntnis dazu, das eigene Engagement in diesem

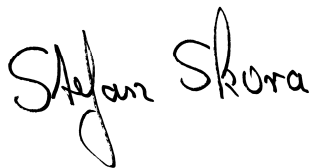
Zukunftsfeld auch und gerade in diesen schwierigen Zeiten aufrecht zu erhalten und, wo immer möglich, weiter zu verstärken



Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg



Heiner Bernhard
Oberbürgermeister der Stadt Weinheim
Sprecher der "Arbeitsgemeinschaft"



Stefan Skora
Oberbürgermeister der Stadt Hoyerswerda
Sprecher der "Arbeitsgemeinschaft"



Dr. Wilfried Kruse
Dortmund
Kordinator der "Arbeitsgemeinschaft"

Nürnberg, den 3. März 2010